Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2003)

Heft: 3: EnergieSchweiz konkret : ein Augenschein im Wallis

Artikel: Bürgerliches Flipperspiel mit der Umweltpolitik

Autor: Braunwalder, Armin

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-586722

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bürgerliches Flipperspiel mit der Umweltpolitik

Nach dem AKW-Moratoriumsentscheid von 1990 kam in der Schweiz so etwas wie energiepolitische Aufbruchstimmung auf. Das Bundesprogramm Energie-2000 wurde mit grossem Enthusiasmus lanciert. Heute kämpft das Nachfolgeprogramm EnergieSchweiz ums nackte Überleben. Den Preis für dessen Fortführung soll das BUWAL bezahlen. Die Würfel fallen in der Herbstsession.

Von Armin Braunwalder, SES-Geschäftsleiter

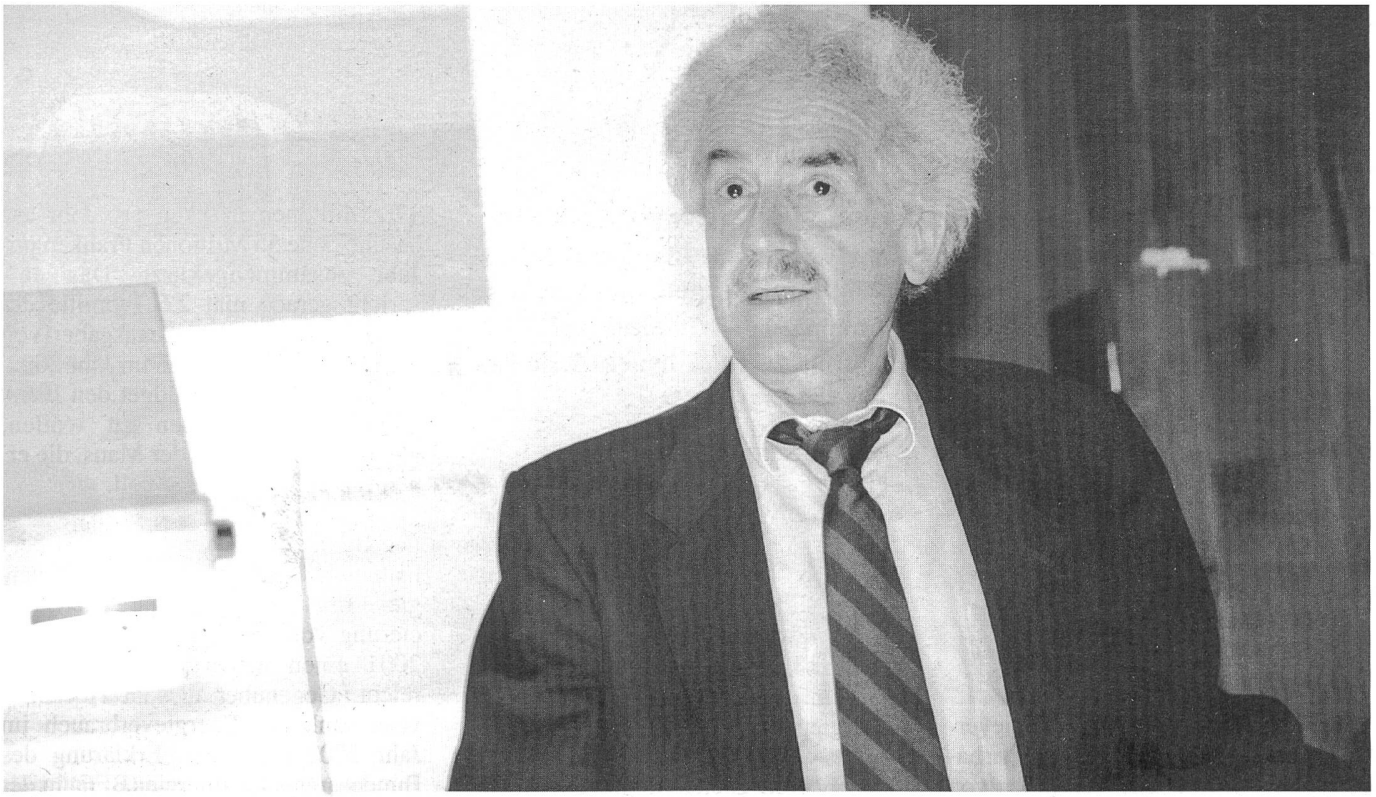
Das waren noch Zeiten. «Volksabstimmungen können die politische Landschaft in unserem Land manchmal auch verändern, entgegen allen Behauptungen, Bern mache doch, was es wolle, und entgegen aller Resignation bezüglich der Wirksamkeit unserer direkten Demokratie. Der 23. September 1990 brachte eine radikale Änderung in der Energiepolitik.» So beschrieb Hans Luzius Schmid ein Jahr nach dem Ja des Volkes zum AKW-Moratorium und zum Energieartikel die energiepolitische Lage in Energie&Umwelt (3/91). Schmid war damals Vizedirektor beim Bundesamt für Energiewirtschaft. Er wurde als Folge des Volksentscheids Leiter des Aktionsprogramms Energie-2000 und des Nachfolgeprogramms EnergieSchweiz. Hans Luzius Schmid, heute Vizedirektor des Bundesamtes für Energie und unermüdlicher Kämpfer für effizientere Energienutzung und erneuerbare Energien, wird nächstes Jahr pensioniert. Und fast wäre mit ihm auch «sein» EnergieSchweiz vom Bundesrat mit dem Entlastungsprogramm frühzeitig in Pension geschickt worden. So weit kommt es nach heftigen Protesten von Kantonen und Umweltorganisationen nicht. Selbst der mächtige Wirtschaftsverband économiesuisse, der in den letzten Jahren jegliche energie- und umweltpolitischen Fortschritte erfolgreich verhindert hat, gesellte sich zu den Fürsprechern von EnergieSchweiz. Das erstaunt nicht: Die Energieagentur der Wirtschaft (EnAW) erhielt im Rahmen von EnergieSchweiz in den letzten drei Jahren 8,3 Millionen Franken. Ziel dieser Agentur ist es, Unternehmen zu freiwilligen CO_2-Reduktionsmassnahmen zu motivieren, um so der CO_2-Abgabe zu entgehen. Mit der Weiterführung von EnergieSchweiz schlägt économiesuisse gleich mehrere Fliegen auf einen Streich: Die Mittel für das Programm werden im Sinne des Wirtschaftsverbands massiv gekürzt, die Energie- und Klimapolitik weiter zurückgebunden. Die EnAW wird weiter vom Staat subventioniert, wenn auch etwas schmaler. Und mit dem Verweis auf «erfolgreiche freiwillige Massnahmen» kann die CO_2-Abgabe weiterhin blockiert werden. Da trifft es sich ausgezeichnet, dass die Erdölvereinigung mit dem freiwilligen «Klimarappen» auch noch einen billigen Ablasshandel lanciert hat, welcher die CO_2-Abgabe endgültig zu versenken droht (vgl. Seiten 18/19).

Abbruch GmbH am Werk

Die Energie- und Klimapolitik hat sich radikal geändert – aber nicht so, wie es Hans Luzius Schmid 1991 formuliert hat. Die Aufbruchstimmung von damals ist verflogen. Der Generalangriff der bürgerlichen Abbruch GmbH im Bundeshaus – orchestriert und dirigiert von économiesuisse – schlägt über die Finanzpolitik brutal durch. Jetzt wird Umweltpolitik über die Finanzpolitik gemacht. Nach dem Motto: Wer nicht spurt, dem wird der Geldhahn abgedreht. Das Entlastungsprogramm von Finanzminister Villiger wird so zum Terrain für das Flipperspiel mit der Umweltpolitik: Die Kugel wird auf EnergieSchweiz gespielt. Der Abpraller trifft jetzt das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft. Das BUWAL soll für die 20 oder 30 «Milliönchen», die EnergieSchweiz verbleiben sollen, entsprechend mehr bluten. Der Präsident der ständerätlichen Spezialkommission zum Entlastungsprogramm, Hansheiri Inderkum aus Uri, auf die Frage nach den Konsequenzen auf den Vollzug von gesetzlichen Aufträ-

Ein neuer Sparvorschlag

Für économiesuisse sind «Energieversorgung und Energieeffizienz grundsätzlich Sache der Wirtschaft». Der Staat habe lediglich die Rahmenbedingungen zu schaffen. In seiner Stellungnahme zum Entlastungsprogramm erklärt économiesuisse: «Es gibt keinen sachlich überzeugenden Grund, das Programm EnergieSchweiz von den Sparmassnahmen auszuklammern.» Die Sparvorgabe von 55 Mio. Franken müsse beibehalten werden. Die Beiträge an erneuerbare Energien seien wesentlich zu hoch. Bei Pilot- und Demonstrationsanlagen, Basisdokumentationen und Marketing müsse «sehr stark reduziert werden». Auch die Globalbeiträge an die Kantone enthielten «Kürzungspotenzial». Allerdings – so économiesuisse – hätten sich gewisse Programmteile bewährt, «so z.B. die Energieagentur der Wirtschaft.» Diese solle weiterhin unterstützt werden. Mit Verlaub: Wenn diese Agentur so erfolgreich ist (sie beschäftigt 60 «Moderatoren»), kann sie sich über eingesparte Energie von Unternehmen und vermiedene CO_2-Abgabekosten locker selber finanzieren. Genau so funktioniert nämlich Contracting. Das entlastet EnergieSchweiz um 2 Millionen Franken pro Jahr (2003).



Hans Luzius Schmid, Leiter EnergieSchweiz und Vizedirektor Bundesamt für Energie, anlässlich dem Ja zum AKW-Moratorium 1990: «Der 23. September 1990 brachte eine radikale Änderung in der Energiepolitik.»

gen: «Das wissen wir nicht.» So einfach ist Politik.

«Der Bundesrat macht nicht nur eine Kehrtwende in der Nachhaltigkeitspolitik, sondern er verstösst auch gegen die energiepolitischen Forderungen von Bundesverfassung, Energiegesetz und CO_2-Gesetz.» Das sagt einer, der von seiner Loyalitätspflicht gegenüber dem Bundesrat befreit ist: Eduard Kiener, pensionierter Direktor des Bundesamtes für Energie (NZZ, 15.8.03). Er hat den Energienutzungsbeschluss anfangs der 90er Jahre auf den Weg gebracht, den das Parlament mit der Ablösung durch das Energiegesetz zu einem zahnlosen Tiger zurückgestutzt hat. Den Rest hat économiesuisse mit einer millionenschweren Propagandawalze erledigt: Nein zur Solar-Initiative, Nein zur Förderabgabe für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Nein zum Einstieg in die ökologische Steuerreform, Nein zu MoratoriumPlus, Nein zu Strom ohne Atom. Die Schweizer Energie- und Klimapolitik kommt nicht mehr vom Fleck. Sie nähert sich dem Grounding. Heute muss man schon die Champagnerkorken knallen lassen, wenn das Programm EnergieSchweiz nur halb totgeschlagen und das BUWAL nicht gleich abgeschafft wird.

❑

Zu viel zum Sterben – zu wenig zum Leben

Zuerst wollte der Bundesrat das Programm EnergieSchweiz ganz streichen. Kantone, Umwelt- und Partnerorganisationen des Programms machten kräftig politischen Druck. Auch die SES. Dann krebste der Bundesrat zurück. Er will EnergieSchweiz nicht ganz, sondern nur halb abschaffen. Daran ändert sich grundsätzlich auch nichts, wenn das Parlament noch ein paar Millionen drauflegt. Die SES hat zum Rückzieher des Bundesrates folgendermassen Stellung genommen: «Die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) ist enttäuscht vom widersprüchlichen Entscheid des Bundesrates zum Programm EnergieSchweiz im Rahmen des Entlastungsprogramms. Für die Fortführung des Programms blieben statt der heutigen 55 Millionen Franken pro Jahr nur noch 20 Millionen Franken jährlich. Das bedeutet eine substanzielle Schwächung der bisherigen Massnahmen im Bereich der rationellen Energienutzung und der erneuerbaren Energien.

Die Schweizerische Energie-Stiftung fordert nach wie vor, dass das Programm EnergieSchweiz gänzlich vom Entlastungsprogramm ausgenommen wird. Die Energie- und Klimapolitik des Bundes muss nicht abgebaut, sondern verstärkt und auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden. Die SES fordert eine Verdoppelung des Jahresbudgets von EnergieSchweiz auf 100 Millionen Franken. Dadurch können nicht nur die positiven Wirkungen des Programms in den Bereichen rationelle Energienutzung und erneuerbare Energien erhöht werden. Auch die Bundeskasse profitiert: Untersuchungen belegen, dass der Bund durch die ausgelösten Investitionen des Programms über die Mehrwertsteuer mehr einnimmt als er für EnergieSchweiz ausgibt.

Mit dem heutigen Entscheid will der Bundesrat dem Programm EnergieSchweiz zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben geben. Der Bundesrat missachtet damit nicht nur verfassungsmässige und völkerrechtliche Verpflichtungen. Er nimmt es auch in Kauf, dass er ein finanzpolitisches Eigentor erster Güte schiesst.»